

Das Ergebnis von San Remo.

Ablehnung der deutschen Heeresforderung — Konferenz mit der deutschen Regierung.

Die San Remo, 26. April. In der Sitzung vom Montag vormittag genehmigte die Friedenskonferenz den Wortlaut der gemeinsamen Erklärung Frankreichs und Englands. Der Text wird heute abend veröffentlicht. Ueber die Annahme entspann sich eine wichtige Diskussion. Ritti erklärte sich gegen die militärischen Maßnahmen. Millerand und Lloyd George erklärten ihm aber die Notwendigkeit, diese Maßnahmen ins Auge zu fassen. Der japanische Botschafter und der belgische Delegierte schlossen sich dem französischen und englischen Standpunkte an, welcher schließlich durchsank. Das in Frage kommende Dokument enthält eine Stelle, in der die Alliierten erklären, daß sie entschlossen sind, alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, gegebenenfalls einen weiteren Teil deutschen Gebietes zu besetzen, um die Ausführung des Friedensvertrages zu sichern. Die Alliierten werden am 25. Mai in Spa mit dem deutschen Reichsführer Müller zusammentreffen. In französischen Kreisen ist man über die Verhandlungen einmütig befriedigt.

Die Berlin, 26. April. In der Sitzung, die von den Alliierten zum Abschluß der Konferenz in San Remo ausgeschrieben wurde, heißt es, daß die Alliierten das deutsche Gebieten, ein Heer von 200000 Mann zu unterhalten, nicht annehmen könnten, da Deutschland die wichtigsten Bedingungen des Friedensvertrages nicht erfüllt habe und nicht zur Entwaffnung geschritten sei, ja noch nicht einmal Vorschläge gemacht habe, damit sei von Deutschland zu zahlende Gesamtbeitrag festgestellt werden kann. Man verheißt zwar die Schwierigkeiten der deutschen Regierung und ihre nicht eine allzu engherzige Auslegung des Friedensvertrages anzunehmen, aber bei einer Fortsetzung der Verhandlungen des Friedensvertrages werde man unter Umständen zu einer weiteren Besetzung deutschen Gebietes schreiten, wenn man auch nicht die Absicht habe, irgend einen Teil von Deutschland zu annektieren. In der Annahme, daß die bestehenden Meinungsverschiedenheiten am besten durch eine direkte Aussprache erledigt werden könne, laden die Alliierten die deutsche Regierung zu einer Konferenz ein, zu welcher die deutsche Regierung präzise Vorschläge ausarbeiten habe. Bei einer befriedigenden Regelung der schwersten Fragen, werde man dann auf die Aufrechterhaltung der inneren Ordnung in Deutschland und auf das wirtschaftliche Wohlergehen Bedacht nehmen.

Der Generalstreik in Elsaß-Lothringen.

Die Saarbrücken, 26. April. Der Neue Saarcourier meldet aus Straßburg: Der Generalstreik in Elsaß-Lothringen ist beendet. Die Verhandlungen im Arbeitsministerium in Paris haben zu einer Einigung geführt. Die Bundesunion der Gewerkschaften hat infolgedessen den Befehl zur Wiederaufnahme der Arbeit gegeben, die von der Post um 3 Uhr und von der Eisenbahn um 6 Uhr heute nachmittag wieder aufgenommen wurde. Man hofft, daß die Wiederaufnahme der Arbeit morgen früh allgemein sein wird.

Die Konferenz in San Remo.

Englands Politik.

Lloyd George widersteht in einer Unterredung mit Pressevertretern die Gerüchte von einer wirtschaftlichen Blockade gegen Deutschland. Die in Deutschland herrschende Lebensmittelnot sei schon groß genug. Deutschland sei gegenwärtig zu schwach, um eine Bedrohung zu werden. Er stellte energisch in Aussicht, daß er eine Resolution des Vertrages privatim oder öffentlich vorgebracht haben solle. — Weiter erklärte Lloyd George, das deutsche Erbe um Zugeständnisse einer größeren Heeresstärke werde wahrscheinlich Veranlassung zu einer Verletzung des ganzen deutschen Problems geben. Aus den Berichten der englischen Offiziere in Deutschland gehe hervor, daß diese die französische Ansicht, Deutschland habe sich vorzüglich seinen Vertragsverpflichtungen bei den Ereignissen im Ruhrgebiet oder bei der Kohlenlieferung, der Entwaffnung oder bezüglich anderer wichtiger Punkte entzogen, nicht teilen. Lloyd George sagte, die deutsche Regierung werde von drei Gefahren, dem Militarismus, dem Junker, dem Bolschewismus und den Abtrennungsbestrebungen einzelner Landteile bedroht. — Die englische Politik, die von Italien und, wie neuerdings berichtet wird, in der Hauptsache auch von Belgien mitgemacht und die von Japan und den Vereinigten Staaten unterstützt werde, sei darauf gerichtet, der deutschen Regierung eine Chance zu geben. Dies sei der einzig richtige Weg; denn, wenn Deutschland durch die oben erwähnten Faktoren in ein Chaos gestürzt werde, dann könne man allen Bürgschaften,

die man mit Mühe erhalten habe, Lebewohl sagen.

Frankreichs Haltung.

Echo de Paris meldet aus San Remo: Millerand lehne es ab, an einer Versöhnungspolitik gegenüber Deutschland teilzunehmen, ehe nicht die dringenden Bestimmungen des Versailer Vertrages von Deutschland erfüllt seien. Der belgische Vertreter hat sich dem Standpunkte Millerands angeschlossen. Das Blatt betont, Belgien sei entschlossen, mit Frankreich einen Zweibund einzugehen. Ferner meldet Echo de Paris, daß unabhängig von der Entwaffnung Deutschlands die Durchsicht des Friedensvertrages auf der Tagesordnung in San Remo gestanden habe. Millerand überreichte eine ausführliche, ablehnende Erklärung Frankreichs.

Das Pariser Journal erklärt: „Die französische Regierung glaube, daß Deutschland sich nicht bei seiner Niederlage beruhigt habe und daß alle Verzögerungen in der Ausführung des Vertrages und alle offenen Verlegungsversuche, wie die im Ruhrgebiet, auf jene berechneten Absicht beruhten. Man hege in Berlin im Hinblick auf baldige Vergeltung die Hoffnung, Frankreich zu isolieren. In den Augen von Ritti und Lloyd George seien die deutschen Widerstände nur die Folgen der Schwäche des Zustandes Deutschlands. Dieses könne seine Versprechungen nicht erfüllen, weil es nicht arbeiten könne. Seine Regierung müsse den militärischen Beeinflussungen nachgeben, weil sie nicht stark genug sei, die Reaktion matt zu setzen, und so lange unter der Bedrohung des Bolschewismus stehe, bis das wirtschaftliche Gleichgewicht wieder hergestellt sei. Die Deutschen hätten versucht, Schiedsrichter in einer Meinungsverschiedenheit der Alliierten zu sein. Diese Ansicht der Franzosen werde durch die Forderungen der drei Noten so schlagend bestätigt, daß kein Zweifel möglich sei. Die Konferenz von San Remo müßte also zu den stärksten Mitteln greifen, um den Untergang des Werkes Friedrichs des Großen und Bismarcks zu vollenden.“

Die Pariser Konferenz.

Havas meldet: „Wir haben noch einige Einzelheiten über die Unterredung der beiden Ministerpräsidenten erfahren. Lloyd George schlug, von Ritti unterstützt, Millerand eine vernünftige Lösung der Fragen betr. Ausführung des Friedensvertrages vor. Es solle in Paris eine Versammlung einberufen werden, in der Deutschland ebenfalls vertreten sein wird. Millerand erklärte darauf, daß er nur unter der Bedingung seine Teilnahme dazu geben könne, wenn die Alliierten die Interessen Frankreichs dabei berücksichtigen würden, und eine sofortige Einforderung der Wiedergutmachungen durch Deutschland erheben würden.“

— 90 Milliarden. Nach dem Temps meldet der Korrespondent der Daily Mail in San Remo: Man versichert, daß die vorgezogene Mindestsumme, die Deutschland abzugeben hat, 90 Milliarden ist, zahlbar in 30 Jahresraten zu je 3 Milliarden.

Die Nationalversammlung

Sitzung vom 24. April 1920.

Vor Eintritt in die Tagesordnung kam es zu einem scharfen Zusammenstoß zwischen den Abg. der Deutschen Volkspartei Dr. Kahl und dem Reichsjustizminister Blund (Dem.). Der Abg. Kahl hatte in einer Polemik gegen den Reichsjustizminister Dr. Blund den Ausdruck „Winkeladvokat“ fallen lassen, wodurch der Reichsjustizminister sich getroffen fühlte. Er entgegnete unter anderem damit, daß er erklärte, er wolle nicht an der Wort des hannoverschen Königs über die Professoren erinnern. Inzwischen ist nun bekannt geworden, wie dieses Wort lautet. König Ernst August hat einmal den Ausdruck gebraucht: „Professoren, Juristen und Längere können man überall für Geld haben.“ Der Abg. Dr. Kahl stellte diese Tatsache heute unter großer Begeisterung des Hauses fest und erklärte im Anschluß daran, daß er nicht geneigt sei, diese schwere Beleidigung sich gefallen zu lassen. Auch seine Fraktion dulde sie nicht, noch könne er sie im Hinblick auf den deutschen Professorenstand hinnehmen. Er fordere von dem Reichsjustizminister Zurücknahme seines Wortes unter dem Ausdruck des Bedauerns. Er habe die Verantwortung des Reichspräsidenten erbeten und erhalten. Der Reichsjustizminister habe sich darauf bereit erklärt, eine Erklärung abzugeben, die inhaltlich aber gänzlich unzureichend sei. Sie habe lediglich die allgemeine Bemerkung enthalten, daß er nicht die Absicht habe, den Professorenstand zu beleidigen. Wenn die von ihm geforderte Genugtuung nicht erfolge, müsse er sich weitere Erklärungen vorbehalten.

Es kam dann zu weiteren Auseinandersetzungen, in deren Verlauf der Präsident mehrfach Äußerungen machte.

Erster Punkt der Tagesordnung ist der Antrag des Geschäftsausschusses auf Verhängung der Strafverfolgung gegen verschiedene Abgeordnete, darunter den unabhängigen Brach. In der Debatte sprachen sich sämtliche Parteien, mit Ausnahme der Unabhängigen, für die Rückverweisung des Falles Brach an den Ausschuss aus. Das Haus beschloß dann die Zurückverweisung des Falles Brach an den Ausschuss.

Zur zweiten Lesung des Gesetzentwurfes über den Übergang der Eisenbahnen auf das Reich

beurteilte der Ausschuss, die Vorlage mit einer geringfügigen Änderung anzunehmen, indem der Uebernahmetermin am 1. April 1920 ersetzt werden soll durch die Worte „mit Wirkung vom 1. April 1920“. Außerdem schlägt der Ausschuss eine Reihe von Entschärfungen vor, wonach den Beamten und Bediensteten der bisherigen Landes-Post- und Eisenbahnverwaltungen, die im besetzten Gebiet wohnen oder Dienst tun und mit Rücksicht hierauf aus den Landes-kassen besondere Zulagen erhalten haben, diese Zulagen weiterhin aus der Reichskasse gewährt werden sollen. Die gleichen Zulagen sollen den gleichen Kategorien im besetzten Gebiet gewährt werden. Der Ausschuss forderte einen besonderen Beitrag beim Reichsverkehrsministerium unter Hinzunahme von Mitgliedern des Reichsausschusses und Vertretern des privaten Wirtschaftslebens zur Begutachtung aller wichtigen Finanz- und organisatorischen Fragen. Nachteile der Länder ohne Eisenbahnbefehl sollen nach Möglichkeit ausgeglichen werden. Der Ausschuss beantragte unter anderem weiter, daß die Mitglieder der Direktionen in der Regel Landesländer sein müssen, und erwartet, daß die Länder, von dem ihnen zugestandenem Recht, wonach auf Verlangen eines Landes das Reich zur Sicherung des gestellten Teils der Abfindung der Länder ein Pfandrecht an den zum Eisenbahnunternehmen des Reichs gehörenden Grundstücken und sonstigen Vermögensgegenständen einräumen soll, keinen solchen Gebrauch machen, daß dadurch eine gesunde Wirtschafts- und Finanzpolitik für die Reichseisenbahnen erschwert wird. Die zukünftigen Reichseisenbahnen sollen als unüberwältlicher Besitz des Reichs betrachtet werden. Schließlich erwartet der Ausschuss, daß alle Glieder der Reichseisenbahnverwaltung tatkräftig an dem Wiederaufbau Deutschlands teilnehmen.

Reichsverkehrsminister Dr. B.: Die Schwächen und Mängel der Vorlage sind auch dem Reichsverkehrsministerium nicht verborgen geblieben. Die meisten aber schließlich jedem Kompromiß an. Nach gewissenhafter Prüfung aller einschlägigen Verhältnisse und auf Grund sorgfältiger Abwägung aller für und Wider beantworte ich die Frage, ob die Reichsregierung bereit ist, die Verantwortung für die Vorlage zu übernehmen, mit einem Ja. Auch das gesamte Reichskabinett steht hinter der Vorlage, einschließlich ihrer finanziellen Bestimmungen. Die Vorlage gehört in ihrem gesamten Ausmaß und ihrer finanziellen Wirkung zu den bedeutungsvollsten Staatsverträgen und Gesetzentwürfen, die jemals einem Parlament der Welt vorgelegt worden sind. Der Etat beläuft sich auf 40 bis 45 Milliarden, das Personal auf rund eine Million.

Daraus ergibt sich auch das Maß der Verantwortung für alle an der Verabschiedung verfassungsmäßig beteiligten Faktoren. In monatlichen, denkbar schwierigsten Verhandlungen ist nicht vorzuzugeworfen worden, die Reichskassentaten zu wahren und der Verkehrsentwicklung zu dienen. Von allen Seiten ist anerkannt worden, daß der Uebernahmepreis von 30,6 Milliarden keineswegs zu hoch, sondern durchaus angemessen sei. Politische, wirtschaftliche, finanzielle und betriebliche Gründe waren es, die für die Uebernahme zu einem früheren Zeitpunkt als am 1. April 1921, wie ursprünglich vorgesehen, sprachen. Der Staatsvertrag und die Neugestaltung des Verkehrs mußte schließlich durchgeführt werden. Die Arbeitsgemeinschaft in der Eisenbahn hat sich bewährt. In die Veräußerung oder Verpfändung der Eisenbahn hat die Regierung niemals gedacht. Alle solche Annahmen sind unbegründet. Eine solche Bestimmung in das Gesetz aufzunehmen, würde nur offene Türen einrennen. Das Reich wird für ein Eisenbahnkapital von 30 Milliarden 1400 Millionen Zinsen zu tragen haben. Eine reichliche Abfindung an die einzelnen Staaten ist erforderlich. Was die einzelnen Länder aber zuviel erhalten, müssen sie als Reichsangehörige für Fehl-beträge wieder zurückzahlen. Die Verwaltung soll in weitestgehendem Maße dezentralisiert werden. Zur Lösung der schwierigen Finanzfrage wird größte Sparsamkeit unerlässlich sein, natürlich zur rechten Zeit und am rechten Ort. Notwendige Bauten zur Ausgestaltung des Verkehrs können nicht unterbleiben. Auf eine gutbezahlte und arbeitsfreundliche Beamtenchaft ist Bedacht zu nehmen. Aber auch an die Befähigung des Personals sind

die schärfsten Ansprüche zu stellen. Der Materialmangel hat den schwersten Einfluß auf die Verhältnisse gehabt. Die Lösung der Verhältnissefrage ist eine dringende Aufgabe. Dazu gehört die Vereinbarung eines geeigneten Lohnsystems und eine Vereinheitlichung des Betriebes. Der Verkehr muß organisiert, das Eisenbahnsystem muß ausgebaut werden. Auch die Frage des Zweiklassenverkehrs bedarf endlich der Lösung. Die alten Zeiten der Ueberflüsse der Eisenbahnverwaltungen sind leider vorbei. Wenn sich unser Eisenbahnwesen gut entwickeln soll, darf es nicht mehr durch Streiks und Putzstreiks gestört werden. Ratifiziert der Verkehr, so ist ein guter Schritt zur Wiederaufrichtung des Reichs und zur Gesundung unserer Finanzen getan. Ich bitte um Annahme der Vorlage, sie ist ein großes nationales Werk. Ich spreche allen, die daran mitgearbeitet haben, meinen Dank aus. Die Reichslokomotive wird ein Sinnbild der Reichseinheit sein. (Beifall.)

Ohne Debatte wurde die Vorlage in dritter Lesung angenommen.

Das Haus beschäftigte sich dann mit dem Gesetzentwurf, durch den die Postverwaltungen Bayerns und Württembergs an das Reich übergehen. Auch dieser Gesetzentwurf wurde in zweiter und dritter Lesung einstimmig angenommen.

Dann kamen die Gesetze über die Erhöhung der Telegraphen-, Fernsprech- und Postgebühren an die Reihe. Dabei kam auch die Erhöhung der Zeitungsgebühren zur Sprache. Hierzu liegt ein Antrag Trimborn (Zentr.) vor, der die Erhöhung statt am 1. Juli erst am 1. Oktober 1920 in Kraft treten lassen will. Der Antragsteller begründet den Antrag mit folgenden Worten: Die Presse, und zwar selbst große und bedeutende Blätter, von der kleinen Presse gar nicht zu reden, befindet sich heute tatsächlich in einer überaus schwierigen und wirklich bedauerlichen Lage. Unter Umständen wird es den Zeitungen sehr schwer, sich zum 1. Juli auf die höheren Zeitungsgebühren einzustellen. Es ist daher zweckmäßig, ihnen noch eine Frist zu gewähren, um sich darauf einzurichten zu können. Ich bitte dringend, der Presse diese kleine Konzession zuteil werden zu lassen, wie ich überhaupt an den Herrn Postminister die Bitte richten möchte, wo es irgend möglich ist, der Presse zu Hilfe zu kommen. Er sollte keine Gelegenheit, die sich ihm bietet, verpassen. (Lebhaftes Bravo!)

In der Einzelberatung wird zu § 1 des Gesetzes betr. Telegraphen- und Fernsprechgebühren ein Antrag Mosé (Dntl.), neben den Presseferregrammen auch Telegrammen im Orts- und Nachbarkreisverkehr ermäßigte Gebühren zu gewähren, abgelehnt. § 10 handelt von der Abgabe von 1000 Mark für Fernsprechanlagen. Ein Antrag Mosé (Dntl.), den Paragraphen ganz zu streichen, wird gegen Zentrum und Sozialdemokraten abgelehnt. Ebenso ein Eventualantrag Mosé, die Abgabe nur für neue Anschlüsse zu erheben. Endlich auch noch ein Zusatzantrag Mosé, wonach die Bezahlung in Raten anließe zum Restbetrag erfolgen darf. Im übrigen wird das Gesetz in zweiter und dann auch in dritter Lesung angenommen.

Es folgt das Gesetz über die Postgebühren. Der neue Posttarif wird unter Ablehnung eines Antrages der Deutschen Volkspartei auf Annahme einer niedrigeren Portofaxe angenommen. Angenommen wird ferner ein Antrag Arnstadt (Dntl.), der für weniger als einmal täglich erscheinende Blätter eine billige Tarifierung verlangt. Endlich ein Antrag Trimborn (Zentr.), wonach die erhöhten Zeitungsgebühren erst am 1. Oktober in Kraft treten sollen. Das Gesetz wird mit dieser Änderung in zweiter und dritter Lesung angenommen. Ebenso auch noch das Gesetz betr. Änderung des § 3 des Gesetzes über das Postwesen des Deutschen Reichs (Ersatz für verloren gegangene Pakete).

Der Gesetzentwurf über die Erhebung einer Abgabe zum Parkkostenausgleich wird an den 24. Ausschuss (Wohnungsausschuss) verwiesen.

Ein Bericht des Ausschusses für Volkswirtschaft betr. Annahme von Kriegsanleihe an Zahlungsstatt wird erledigt.

Reichsfinanzminister Wirth erklärt im Lauf der entstandenen Debatte, über diese Frage im Ministerrat in den nächsten Tagen in Besprechungen mit Abgeordneten eintreten zu wollen.

Montag: Notetat in Verbindung mit Anträgen.

Aus Bad Nau und Umgegend

Der M.G.-Verein Arndt hatte bei seiner Wanderung nach Arndt Wetterglück. Am Sammelplatz (Gasthaus Ried) hatte sich schon eine stattliche Zahl von Teilnehmern eingefunden, die unterwegs noch wuchs, so daß insgesamt etwa 150 bis 200 Personen dem Zuge angeschlossen. Ueber den Waldberg ging die Wanderung vorzüglichem Stimmungs mit Jodeln und Singen nach Arndt, wo für die feierliche Eröffnung im Gasthaus Elberfeld alles aufs Beste vorbereitet war. Nach einer guten Sängerkunst wurden drei mehrere Chorlieder gesungen. Ein kleines Tänzerchen fehlte auch nicht. Gegen 3,30 Uhr flog man durch das Schiefergeröl nach Rieden hinunter und ging von da nach Rieden. Obgleich die Wanderer doch einen ganz guten Marsch hinter sich hatten, wurde noch von vielen jungen und älteren, der Armee trüben mitgemacht, bis es endlich Zeit zur Heimkehr wurde.

Aus Diez und Umgegend

b. Nerven. Mit dem letzten Weinischen Monumentalfilm „Nerven“, der seine Aufführung für das Rahngelände im „Modernen Theater“ erlebt, ist der Kinematograph der geistigen Kultur zur Höhe gelangt. Ein packendes Werk deutscher Kunst, mit einer fesselnden Phantasie, ist es ein verdienstvoller Schritt nach der Milderung der Natur, nach Menschlichkeit und Seligkeit. Die gewöhnlichen Menschenbilder brachen zusammen unter der neuen, verdammt zivilisierten Volkslust. Jeder Kopf, brüchliche Arme gegen weltberührendes Kapital, der Arm ist unglücklich, der Reiche leidet, schwache und seine Stahlnerven versagen unter dem Zusammenbruch der Fabriken, Wahnwitz bricht aus, Menschenleben werden sinnlos dahingeführt, nicht mehr gelten Menschenrechte, nicht mehr Wahrheit, ein Messias, ein Volksbefreier schmachtet eines Meines wegen ungeschuldig im Kerker, Eltern sehen ihr Liebliches dahinsinken, verständnislos wird die

einst so schöne Welt, Untergang und Unglück überall, die ein neues Zeitalter entsteht, ein glückliches, warmes. Wohl nie ist in einem Film, Trübsal der Qual, Trübsal in der Ausführung, gigantische Menschenmengen und zu Herzen gehende Musik so ineinander vereint, wie in „Nerven“. Der Gewalt der Szenen vermag sich niemand zu entziehen. Solch Filmwerk ist Kunst, Kunst in höchster Vollendung. Wo derartige aufgeführt wird, können lästige Aufführungsskandale und sonstiger Anstoß nicht bestehen.

b. Die Lebensmittelfrage. Zahlreiche Vertreter der freien Gewerkschaften, die über 1400 organisierte Arbeitnehmer unserer Stadt und der nahen Umgegend, vertreten, hatten sich am Sonntag im Hotel von Jakob Diehl am Marktplatz versammelt. Sie erledigten gewerkschaftliche Arbeiten und nahmen dann von dem erschienenen stellv. Landrat Bürgermeister Scheuern einigen Aufschluß über den derzeitigen Stand der Lebensmittelversorgung, über wirtschaftspolitische Fragen und über die Tätigkeit des Versorgungsausschusses beim Kreis, entgegen. Aus dem Kreise der Versammlung wurde vorgebracht, daß die Kreisverwaltung nicht energisch bei Wucher- und Schleißhandelsfällen zugreife. Dem hielt Bürgermeister Scheuern entgegen, daß der Kreis zahlreiche Fälle zur Anzeige gebracht habe, die aber beim Gericht nur sehr langsam und dann auch nicht mit der nötigen Schärfe abgeurteilt würden. Die Erklärungen trugen viel dazu bei, Mißstimmung hinwegzuräumen.

Sitzung der Stadtverordneten zu Diez am 26. April 1920.

Anwesend: Stadtv. Vort. Thomas und 16 Stadtverordnete. Am Magistratsstisch: Bürgermeister-Stellv. Hess, Verordn. Eckardt und Galtner, sowie Schöffe Juch.

Der Magistrat beantragt unter Punkt 1 der Tagesordnung die Erhöhung des Gaspreises auf 1,25 pro Kubikmeter Leuchtgas und 1,15 pro Kubikmeter Industrie- und Heizgas. Die Erhöhung der Gaspreise wird herbeigeführt durch weiteres Steigen der Kohlenpreise, Transportkosten (100 Prozent Erhöhung) ohne u. a., die der Zählermiete infolge der enormen festgestellten Reparaturkosten, Betriebslosgang und Magistral tragen sich mit dem Gedanken, wie bei den elektr. Strompreisen, auch für die Gaspreise eine gleiche Stufen einzuführen. Damit soll erreicht werden, daß nicht in jeder Sitzung der Stadtverordneten diesen ungeliebten Punkt auf der Tagesordnung findet. Vorläufig ist man sich aber noch nicht schlüssig geworden. Die Versammlung genehmigt die Erhöhung nach den vorgeschlagenen Sätzen ab 1. April. Stadtv. Dienethal bringt hierbei die Beschwerde eines Gasabnehmers, über das unbillige Ablesen der Gasuhr, vor. Bei den Preissteigerungen kommt es dadurch vor, daß Abnehmer den teureren Preis für einen noch billigeren Monatsverbrauch zahlen müssen.

Punkt 2 bringt die Erhöhung der Biilegegebühren des städt. Krankenhauses. Der Magistrat beantragt folgende Sätze: für die 1. Klasse 24 Mark für Auswärtige, 22 Mark für Einheimische, 2. Klasse 17 Mark für Auswärtige, 15 Mark für Einheimische, 3. Klasse 10 Mark für Auswärtige, 8 Mark für Einheimische, für auswärtige Kinder 8 Mark, für einheimische 6 Mark, für Krankenkassenmitglieder 8 Mark. Endliche Bedarfsartikel. Nach kurzer Debatte wird die Erhöhung genehmigt.

Bei Punkt 3 der Tagesordnung legt der Magistrat den Vortrag mit den Ärzten am städt. Krankenhaus zur Genehmigung vor. Sanitätsrat Dr. Braun wird leitender Arzt des Krankenhauses und übernimmt die innere Abteilung. Dr. Simon, Spezialist für Chirurgie, die äußere Abteilung. Mehrere operative Eingriffe sind eifriger in seinem Dienstzimmer gescheit, während die sonstigen Operationen durch Dr. Simon ausgeführt werden, der damit auch alle Verantwortung über den Operationsaal übernimmt. Sanitätsrat Dr. Braun erhält eine Vergütung von 3600 Mark, Dr. Simon eine solche von 2000 Mark. Außerdem das Honorar nach den Sätzen der ärztlichen Gebührenordnung. Die Versammlung genehmigt den Abschluß des Vertrages. Punkt 4: „Uebereignung von 3 Bauplätzen an dem Wirth an die gemeinnützige Baugenossenschaft und eines Bauplatzes an den Bezirksverband. Die 3 Bauplätze sind 16,67 ha groß und sollen für 3000,00 Mark, die auf den von der Stadt zu leistenden Uebereignungszuschuß angerechnet werden, abgegeben werden. Die Größe des an den Bezirksverband abzugebenden Platzes beträgt 6,87 ha, die zu 1238,00 Mark verkauft werden sollen. Der Bezirksverband will darauf ein Wohnhaus für den Landeswegmeister bauen. Die Vorlage wird genehmigt. Der Punkt 5 betraf mit dem Reichshausbesitzer Müller nach Debatte an den Magistrat zu rückerneuern. Unter

Mitteilungen wird ein Schreiben der Hl. Anne Paul vorgelesen, in welchem sie den Dank für die ihr gewordenen Anerkennung beim Ausschreiben aus dem Verdienste ausdrückt.

Vom Magistrat liegt ein Schreiben vor, in welchem der Zuwachs im Laufe des vergangenen Jahres bei verschiedenen Fonds angegeben wird. Der Krankenhaushausfonds ist um 30.000 Mark (Schenkling Burdach) gewachsen, der Armenfonds um 4200 Mark, und der Hinterbliebenenfonds um 4728 Mark. Letzterer hat jetzt rund 32.000 Mark Kapital.

Ein Antrag des Vorhalters Hölze, Rentendiez auf Erhöhung der Vergütung auf 600 Mark im Jahr und 1,50 Mark Sprunggeld wird an den Magistrat verwiesen.

Stadtv. Frau Pershon spricht zur Milchverkuerung, die es zahlreichen Empfangsberechtigten unmöglich machte, die ihnen zustehende Milch zu kaufen.

Stadtv. Reinhardt bittet, den Beamten schon Vorläufe auf die neuen Besoldungsordnung zu gewähren. Stadtv. Thomas erklärt, daß die Stadt an der Erhöhung der Preise für die Lebensmittel nichts ändern könne, da sie von höherer Stelle festgesetzt würden. Damit würden sehr viele getroffen, besonders auch die kleinen Rentner und Pensionäre. Bürgermeister Hess stimmt dem zu, da er aus Erfahrung weiß, welche Not und wie viel beschämte Arme es gebe.

Stadtv. Schaffer bittet den Magistrat bei der Verordnungsgebung des Orts die Vier und Weinstener fallen zu lassen.

Stadtv. Schmidt spricht zur Kohlenversorgung, die eine längere Debatte nach sich zieht. Er fragt an, ob die Verteilung, wiewohl ein Zentner, nicht anders geregelt werden könne. Schöffe Juch beantwortet diese Anfrage. Die Lebensmittelkommission beschäftigt sich schon länger mit dem Problem, es sei vorläufig nichts zu ändern. Weiter gibt er Erklärung über den schlechten Stand der Kohlenversorgung. Der Kreis, durch welchen die Stadt ihre Kohlen erhält, soll für das laufende Jahr noch weniger Kohlen erhalten. Schärfer Einspruch hiergegen ist schon erfolgt. Die Aussichten seien aber sehr schlecht. Stadtv. Nachbauer bemängelt Mißstände bei der Kohlenabgabe, die der Magistrat verspricht

zu untersuchen. Die Debatte über die Kohlenfrage geht noch hin und her, ein Ausweg läßt sich aber nicht finden. Angeführt wird auch noch die bedeutend bessere Versorgung von Einwohnern, das noch in der Lage sei, Kohlen und Holz abzugeben. Bürgermeister Hess berichtet über den geringen Kohlenbestand des Gaswerkes, das, wenn in den nächsten Tagen keine Kohlen eintreffen, stillgelegt werden müsse.

Stadtv. Dinslage, Frau Pershon, sowie Juch sprechen nochmals zur Milchversorgung. Letzterer beantragt scharfe Untersuchung der Milch, die in letzter Zeit wieder ziemlich wässrig erscheine. Stadtv. Dienethal meint, es sei nicht möglich, eine Verbildigung der notwendigen Nahrungsmittel für die arme Bevölkerung durch die Stadt herbeizuführen. Stadtv. Vort. Thomas hält es für ausgeschlossen. Was eine Anfrage der Stadtv. Frau Pershon und Nachbauer betr. verbilligte Stoffe, wird magistratsmäßig erledigt, und damit ein Termin aufgesetzt.

Stadtv. Nachbauer bittet noch um Aufbesserung des Gehaltes für einen Haß. Angeföhrt. Damit wurde die Versammlung geschlossen, obwohl über die Lebensmittel und Kohlenfrage noch lange hätte debattiert werden können. Erklärt sei auch noch, daß ab 3. Mai der Haß Brot 4,10 Mark kosten soll.

2. Vortragsabend des Vereins für Volksbildung Diez. (Schluß.)

Die neue deutsche Verfassung besteht seit dem 14. August 1919. Ein abschließendes Urteil über sie zu fällen, ist heute noch nicht möglich, da sie sich erst bewähren muß. Redner hob aus ihr einige wichtige Artikel hervor, so den Artikel 35, bestimmend, daß ein auswärtiger Ausschuss der Regierung ausübt. Der Reichspräsident wird vom Volk gewählt. Das Referendum über die Volksabstimmung wie in der Schweiz, ist ebenfalls eingeführt. Das Volk soll das Recht haben, Gesetze vorzuschlagen, wenn ein Zehntel aller Wähler den Antrag stellt, das sogenannte Volksbegehren. Auch die neue Verfassung hat das Zweikammernsystem, Reichstag und Reichsrat, wenn auch in sehr abgeschwächter Bedeutung. Der Reichsrat ist in erster Linie eine Vertretung der Bundesstaaten, in welchem jeder Bundesstaat mindestens 1 Stimme hat. Preussens frühere Vormachtstellung besteht in ihm nicht mehr. Auf die deutschen bundesstaatlichen Verfassungen konnte Redner noch nicht weiter eingehen, da sie noch nicht beschlossen sind.

In Preußen soll das Einkammersystem eingeführt werden. Ein Präsidenten wählen die Bundesstaaten nicht, stellen also Republik ohne repräsentative Spitze dar. Die Geschäfte des Präsidenten werden vom Ministerpräsidenten ausgeübt. Redner behandelte nun die Frage eines Wirtschaftsparlamentes, das aus Vertretern aller Berufe bestehen soll, aber das eine Anfrage nach dem ersten Vortrag eingegangen war. Er hob darüber theoretische Erklärungen, da praktische Erprobung noch in keinem Staate gemacht wurden, wies auf das schwierige einer solchen Vertretung hin, und ließ seine Einführung nicht wünschenswert erscheinen.

Sodann behandelte er die Verfassung Sowjet-Russlands. Sie steht in einem gewaltigen Gegensatz zu allen anderen Staaten. Sie vertritt den Ausgleich im parlamentarischen Arbeiten. Wahlberechtigt ist nach ihr die werksfähige Bevölkerung. Gewählt werden die Sowjets, deren es verschiedene gibt: Kreis-, Provinz-, Sowjet usw. Diese bilden Exekutivkomitees, aus denen wieder die Volkskommissionen hervorgehen. Der höchste Sowjet ist der allrussische Sowjetkongress in Moskau, der jährlich zusammentritt. Er wählt das allrussische Exekutiv-Komitee, das bis zu 200 Mitglieder hat. Dieses erläßt Gesetze und Verfügungen, übt die Kontrolle im ganzen Staate aus und soll einen regelmäßigen und raschen Verlauf der Staatsschäfte veranlassen. Im Grunde genommen ist die ganze russische Volksvertretung nur ein riesiger Parteiausschuss. Hier behandelte Redner kurz den Begriff „Freiheit“. Freiheit im Gefühl ist Willkür, sie muß Staatsgesetz in sich schließen.

Nun behandelte wurde nun Japan, das konstitutionelle Monarchie ist. Kein König mehr hat so große Rechte wie der Mikado von Japan. In letzter Zeit sind aber auch dort Kräfte am Werke, die eine Änderung herbeiführen wollen. China, das 4000jährige Kaiserreich, ist seit 1912 Republik. Die Verfassung wird Ähnlichkeit mit derjenigen Amerikas haben. Die Bezeichnung der „politische Schläfer“ die man China vielfach beilegt, ist nicht zu, in Gegen teil hat das Land Verfallsstärken gehabt, ähnlich derjenigen der europäischen Staaten.

Zum Schluß wurden die englischen Kolonien, besonders aber Australien, noch ausführlich behandelt. Die angehänglichen Kolonien haben immer eine große Selbständigkeit gehabt. Kanada hat eine Verfassung wie die Unionstaaten. Australien bildet ein Musterland der sozialen Gesetzgebung. Die Verfassung ruht auf sozialdemokratischer Grundlage. Wahrscheinlich ist das australische Volk das reichste der Welt. Redner behandelte noch eingehend die inneren Einrichtungen jenes Landes.

Eine Anfrage betr. Verfassung und Genie beantwortete Redner, daß wir von den verfassungsmäßigen Einrichtungen den rechten Gebrauch machen und im Rahmen derselben mitarbeiten sollen, nicht aber immer nach dem starken Mann rufen sollen. Hiermit schloß Oberlehrer Schaffer seine Ausführungen, die mit starkem Beifall belohnt wurden.

In der anschließenden Ansprache dankte Direktor Rejan im Namen aller für den interessanten Vortrag. Er sprach an die Ausführungen über Australien an, und sagte, daß uns bisher das Verantwortungsgefühl für alles, was Staat und Volk betrafte, abgegangen sei. Das sei beim Engländer ganz anders. Der fühle sich für alles mitverantwortlich und zwar durch sein Nationalgefühl, was uns abgehe. Dr. Rejan kam deshalb zu dem Schluß, daß wir uns dieses unbedingt aneignen müßten. Dem muß man vollkommen zustimmen, versetzen darf aber nicht werden, daß früher die breite Masse des Volkes überhaupt nicht mitarbeiten konnte, und daß deshalb auch kein Verantwortungsgefühl da sein konnte. Wir glauben auch jetzt, daß es nicht zuletzt deutsche Intelligenzen waren, denen das Vaterland keine Ausdehnung und Betätigung bieten wollte, die Englands Kolonien, wie Australien usw. auf ihre schützende Flügel bringen halfen, leider dadurch aber dem Heimatland und dem Deutschland verloren gingen. Zum Vortrag selbst sei der Dank und auf verständliche Aufmerksamkeit nur hätte er vielleicht auf 3 Abende verteilt werden müssen. Es war etwas zu viel für zwei Abende, so daß Oberlehrer Schaffer ziemlich schnell brechen mußte, wobei vielleicht nicht alle Zuhörer folgen konnten. Der Anfang ist aber gemacht, und wir wollen hoffen, daß es dem Volksbildungsverein gelingt, die Vortragsabende zu einer dauernden Einrichtung zu machen.

Bekanntmachung.

Geste nachmittags 2 Uhr Ausgabe von Saat-
kartoffeln am Bahnhof.

Bad Ems, den 27. April 1920.

Verbrauchsmittel-Amt.

Obsthallenverpachtung.

Die Obsthallenverpachtung neben dem Rathaus soll
für das Jahr 1920 verpachtet werden unter der Be-
dingung, daß sie auch als Verkaufsstelle benutzt wird.
Schriftlich verschlossene Angebote mit Angabe des
Bachtpreises sind bis 15. Mai 1920, vormittags 10
Uhr hierher einzureichen.

Bad Ems, den 26. April 1920.

Der Magistrat.

Betr. Kreis Schweineversicherung.

Infolge Anregung zur Wieder-Einführung der
Kreis-Schweine-Versicherung werden die Schweine-
besitzer zur Besprechung auf Mittwoch, den 28.
ds. Mts., abends 8.30 Uhr in das Rathaus des
Herrn Rüd in der Marktstraße eingeladen.

Da es sich im Falle der Wieder-Einführung der
Versicherung hauptsächlich um Vorschläge über den
Monatsbeitrag und über die Höhe der zu gewährenden
Entschädigung für eingegangene Schweine handelt,
ist es wünschenswert, daß möglichst viele Schweine-
besitzer sich an der Besprechung beteiligen.

Bad Ems, den 26. April 1920.

Der Magistrat.

Städtische Kohlenstelle Diez.

Die Kohlenaussgabe findet für die Folge wie
nachstehend statt: Donnerstags für die Bewohner der
Emser, Koblenzer, Pfaffen, Oraniensteiner, Diez-
Koblenz, Pöck, Altkirchstraße, Auweg, Schloßberg,
Alter Markt und Oranienstein.

Freitags für die Bewohner der Berg-, Wilhelm-,
Bahnhof-, Lorenz-, Lützen-, Bismarck-, Ober-,
Unter-, Kanal-, Rosen-, Schul-, Emmerichstraße, Ka-
jernenstraße, Schloßweg, Obermarkt, Birkenbacher-
weg und Marktplatz.

Bezugscheine sind an den betreffenden Tagen vor-
mittags von 8-12 Uhr auf der Lebensmittelstelle zu
lösen.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher
Teilnahme an dem schweren Verluste
unserer lieben, herzensguten Mutter

Frau Anna Held Ww.
geb. Hofmann

sprechen wir Allen unsern herzlichsten
Dank aus.

Die trauernden Hinterbliebenen:

Willi Held, Dr. phil.
Friedrich Karl Held
Erich Held

Bad Ems, den 26. April 1920.

Danksagung.

Für die vielen Beweise wohlwollender
Teilnahme bei dem Hinsange unseres
teuren Entschlafenen sagen auf diesem
Wege Allen unsern herzlichen Dank.

Die trauernden Hinterbliebenen:

Frau Kath. Schwant
nebst Kindern.

Bad Ems, 26. April 1920.

Zwecks

Gründung eines Hockey-Klubs in Bad Ems

werden die Damen und Herren, die sich bereits
in die Spielerliste eintragen, und weitere Sport-
freunde zu einer Besprechung im „Hotel zum
Löwen“ am Dienstag, 27. April, abends 8 Uhr
eingeladen.

Der vorläufige Spielausschuss.

Wir suchen

für dauernde oder leichte Beschäftigung 2 fleißige
und gewissenhafte Leute; die Stelle eignet sich
auch für leicht Kriegsbeschädigte.

Gaswerk Ems.

Zwangsversteigerung.

Am 3. Mai 1920, vormittags 10 Uhr
gelangt das in Bad Ems, Grabenstraße belegene
den Erben des Vaters Wilhelm, fünf von Bad
Ems gehörige Hausgrundstück mit Garten
Gartenblatt 85, Parzelle Nr. 12, groß 2,79 ar, fähr-
licher Gebäudewert 745 Mark, durch
das unterzeichnete Gericht an der Gerichtsstelle zur
Zwangsversteigerung.

Bad Ems, den 20. April 1920.

Das Amtsgericht.

Modernes Theater

im grossen Saale des Hof von Holland

Direktion: H. Schiel **DIEZ a.d.L.** Separater Eingang

Samstag, den 1. Mai 1920

Abends 7 $\frac{1}{2}$ Uhr

Sonntag, 2. Mai

3-5; 5 $\frac{1}{2}$ -7 $\frac{1}{2}$; 8-10

Montag, 3. Mai

8-10 Uhr abends.

grosse Eröffnungs-Vorstellungen

mit dem
grossen Monumental-Film

Nerven

Drama in einem
Vorspiel und 6 Akten
von
ROBERT REINERT.



Nerven

Hauptdarsteller:
Kammersänger Paul Ben-
der, Erna Morena, Eduard
v. Winterstein, Lilli Do-
minici, Lya Borée.

— Erstklassige Musik. —

Motto:

Nerven, Ihr geheimnisvollen Wege der Seele, Ihr Sendboten
höchster Lust und tiefsten Leides! Zum Tier wird der Mensch
wenn Ihr versagt. Nerven seid Ihr nicht selbst die Seele?

Sozialdemokr. Partei Unterlahnkreis.

An die sozialistisch denkende Bevölkerung!
An Alle!

Die politischen Gegner der Soz.-dem. Partei haben in der Nationalversammlung den Antrag
auf Einsetzung des

1. Mai als gesetzl. Feiertag

auch in diesem Jahre zu beschliessen, abgelehnt.

Einer schärferen Herausforderung

der sozialistisch denkenden Bevölkerung bedarf es nicht. Sie wird durch Arbeitsruhe am 1. Mai
zeigen, daß hinter ihrem

Willen auch die Tat folgt.

Schließt Euch den großen Kundgebungen in Diez, Nassau, Bad Ems, Holzappel und Hahnstätten
restlos an und

erscheint in Massen!

Durch Volksversammlungen unter freiem Himmel, Umzüge durch die Stadt demonstriert für die
Erhaltung der Errungenschaften der Revolution, für den 8-Stunden-Tag,
Völkerfrieden und

Völkerverständigung.

Der 1. Mai ist der Weltfeiertag der Hand- und Kopfarbeiter.

Der 1. Mai ist der Tag des Bekenntnisses.
Lasst die Arbeit ruhen!

Hoch der 1. Mai!

Hoch der Sozialismus!

Der Festausschuss zur Maifeier:

I. A.: Bechtel. — Schäfer.

Stenographen-Verein
Stolze - Schrey
Bad Ems.

— Nächste Übungsstunde —
Donnerstag abends 8 Uhr.

**Konsum-Verein für
Wiesbaden u. Umg.**
Verteilungsstelle Ems.

Cabliou
eingetroffen.

Täglich frisch gekochter
Mainzer Spargel,
Spinat, Mangold u.
Kopfsalat

zu billigen Tagespreisen.

Prima
Mainzer Käse
Stück 80 Pfg.

H. Umjourn, Ems.
Telefon 2

Achtung!

Kriegsbeschädigte.
Bei Frau Ww. Schäfer,
Ems, Koblenzstraße:

Frische Schellfische.

Ich suche ein
Mädchen

für ganze Tage oder ein
Mädchen od. Frau

für halbe Tage.
Frau Direktor Wietes,
Bachstr. 11, Ems.

Tüchtiges

Hausmädchen

welches bügeln und nähen
kann, gegen hohen Lohn ge-
sucht.

Frau Jos. Kirchberger,
Bad Ems.

Zwei tücht. ge

Schneidergesellen
gegen hohen Lohn gesucht.

Josef Schneidher, Diez
Luch- und Waggelstraße.

Kraft. Junge

15-16 Jahre alt gesucht.
Wohnungen im
Stadthausamt, Ems.

Einen jüngeren

Hausburschen
sucht für sofort

Hotel
Schloß Johannisberg,
Ems.

Tennisschläger

zu kaufen gesucht. Angeb.
unter N. B. 220 an die
Geschäftsst.

Gut erhaltener

Kinderwagen
mit Gummi zu kaufen ge-
sucht. Selbst gut erhalt. Dampf-

Wassermaschine billig zu
verf. Angeb. unt. N. 2. an
die Geschäftsst.

Gebrauchte

Nähmaschine
zu kaufen gesucht.

Off. mit Preisangabe unt.
Nr. 337 an die Gesch.

.....

Ladenschrank

mit Glaschiebthüren und 16
Schubladen, sowie verschied-

nehere Glasfassen und
Ausstellungsgegenstände zu
verkaufen

Römerstr. 27, Ems.
.....

Stille Jentner

Heu u. Grummet

zu verkaufen.
v. Fels, Dautenau.

Suche für Anfang Mai
zum Kurzgebrauch 149

Zimmer

mit Frühstück (ein Bett) in
einem Privathaus möglicht
mit Gärten. Offert.

unter N. B. 23 an die
Geschäftsst.

Steuer

mit rotem Stern verloren.
Abzugeben
Kahnverleihanstalt Minor,
Ems.

**Konsum-Verein für
Wiesbaden u. Umg.**
Verteilungsstelle Ems.

Wir fordern unsere Mitglieder
an, sich bis spätestens 3. Apr.
in unserm Laden in die
Zuckerliste einzutragen zu
lassen. Der Vorstand.